

# Gesamtrücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 30. Mai. Bei seinem heutigen Empfang beim Reichspräsidenten hat der Reichskanzler Dr. Brüning den Gesamtrücktritt der Reichsregierung überreicht. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen.

## Der Reichspräsident will die Neubildung der Regierung auf parlamentarischem Wege verrichten.

Berlin, 30. Mai. Der Reichspräsident hat das derzeitige Kabinett gebeten, die Geschäfte bis auf weiteres fortzuführen. Er wird zunächst versuchen, auf dem üblichen parlamentarischen Wege die Neubildung der Regierung vorzunehmen und heute nachmittag zuerst den Reichstagspräsidenten Löbe, dann anschließend die Fraktionsführer der verschiedenen Parteien in der Reihenfolge ihrer Fraktionsstärke empfangen.

Reichskanzler Dr. Brüning hat gebeten, ihm möglichst bald einen längeren Urlaub zu bewilligen, da er in die Erörterungen um die künftige Kabinettsbildung nicht hineingezogen werden möchte.

## Um die Nachfolge Brünings.

Berlin, 30. Mai. Wie die Telegraphenunion von gut unterrichteter Seite erfährt, hat der Empfang der Fraktionsführer durch den Reichspräsidenten den Zweck, daß dieser sich über die Auffassung in den verschiedenen Lagern unterrichten will. Hindenburg hat nicht die Absicht, einen Parteiführer mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, sondern er wird voraussichtlich ein parteipolitisch nicht gebundenes Kabinett durch eine Persönlichkeit seines besonderen Vertrauens bilden lassen. Man erwartet, daß der Reichstag sich einem solchen Kabinett gegenüber zunächst abwartend verhalten wird. Sollte es vom Parlament ein Mißtrauensvotum erhalten, würde der Reichstag aufgelöst werden.

## Brüning will nicht mehr mitmachen.

Was die Haltung Brünings angeht, so hat dieser zunächst die Absicht geäußert, bei der Neubildung der Regierung nicht mitzumachen. Man verweist aber auf das Beispiel Stresemanns, der seinerzeit nach seiner hunderttägigen Kanzlerschaft sich auch zurückziehen wollte, dann aber doch den Außenministerposten übernahm. Es dürfte von der Persönlichkeit des neuen Kanzlers abhängen, ob Brüning nicht vielleicht doch im neuen Kabinett einen Posten übernimmt.

## Das Ausland war vorbereitet.

Die innerdeutsche Krise im Spiegel der Auslandspresse. Daß das Kabinett Brüning bereits seit Wochen nur noch in der Luft hing, war ein offenes Geheimnis. Der Rücktritt Groeners beleuchtete die innerpolitische Situation schlaglichtartig und gab dem morschen Kabinett Brüning einen weiteren heftigen Stoß. Nun ist Brüning endgültig gestürzt, und zwar über seine eigene Arbeit, denn man darf wohl annehmen, daß er für seine neue Rotverordnung nicht die nötige Gegenliebe gefunden hat. Seine geistige Ausprägung hat nicht zu der gewünschten Einigung geführt, und da es nicht möglich war, einen „goldenen“ Mittelweg zu finden, zog Brüning die Konsequenzen. Hierzu drängte auch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Daß man auch im Auslande nicht mehr viel auf

Brünings Spiel setzte, erhellen die nachstehenden Pressestimmen, die sämtlich mit dem nunmehr zur Tatsache gewordenen Rücktritt rechneten, ohne mit ihm irgendwelche Befürchtungen zu verbinden.

## Die „Times“ rechnet mit einer Militärdiktatur.

London, 30. Mai. Die Londoner Presse beurteilt die Aussichten für das Kabinett Brüning sehr pessimistisch. Die „Times“ glaubt, daß Hindenburg dem Kanzler Brüning nicht mehr das Maß von Vertrauen entgegenbringe, das Brüning wünsche. Das Ansehen der Brüning-Regierung sei durch die Groener-Affäre so geschwächt worden, daß es sehr verstärkt werden müsse, wenn die Regierung die deutsche Sache in Lausanne angemessen vertreten wolle. Die „Times“ glaubt nicht, daß jetzt schon vor der Lausanner Konferenz mit einem Militärkabinett oder einer Militärdiktatur in Deutschland zu rechnen sei. Das Blatt rechnet jedoch mit dieser Möglichkeit für die Zukunft. Nach der Rotverordnungsregierung Brüning werde eine Diktatur beinahe unbemerkt in den Sattel rutschen können.

Die „Daily Mail“ schreibt, daß Brüning tagtäglich an Macht verliere. Die liberale „News Chronicle“ sagt, das politische Schicksal Brünings stehe auf des Messers Schneide. Lausanne werde darüber entscheiden, ob Brüning stehen oder fallen werde. Selbst die Unterstützung Hindenburgs werde ihn nicht halten können, falls er mit leeren Händen aus der Schweiz zurückkomme.

## New York: Regierungsbeteiligung der NSDAP hat keinen Vertrauensverlust im Ausland zur Folge.

New York, 30. Mai. Zu der Sonntagsbesprechung zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler schreibt die „New York Herald Tribune“, daß die gegenwärtige Krise mehr eine politische als eine soziale sei. Es sei vorauszusehen, daß der Reichspräsident trotz des Drucks einer Reihe von politischen Gewalttaten und trotz persönlicher Gegenstände zum Reichskanzler den goldenen Mittelweg gehen werde, d. h. er werde die Nationalsozialisten zur Mitarbeit heranziehen, um die Mehrheit des Volkes zu befriedigen. Den Nationalsozialisten sei es weniger um Gewalttaten zu tun als um die politische Anerkennung. Eine reine nationalsozialistische Regierung würde allerdings einen Vertrauensbruch Hindenburgs gegenüber seinen Wählern bedeuten. Die Beteiligung der NSDAP an der Regierung würde keine radikale Veränderung der deutschen Innenpolitik und keinen Vertrauensverlust im Ausland zur Folge haben.

## Paris erwartet Rückwirkung der Oldenburger Wahl.

Paris, 30. Mai. Die Pariser Morgenblätter widmet dem Empfang Dr. Brünings durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg größte Aufmerksamkeit. Man hält es für möglich, daß das Kabinett mit dem Reichskanzler an der Spitze zurücktreten werde. Der neue große Erfolg der Nationalsozialisten in Oldenburg werde auf die Haltung des Reichspräsidenten nicht ohne Einfluß bleiben.

## Die amtliche Mitteilung.

Berlin, 29. Mai. Ueber die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler wurde lediglich folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die gesamte politische Lage. Der Vortrag wird morgen 12 Uhr fortgesetzt werden.“

## Zu dem sozialpolitischen Inhalt der neuen Rotverordnung.

Berlin, 29. Mai. Ueber den bereits bekanntgewordenen sozialpolitischen Inhalt der Rotverordnung hinaus bringt der „Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ eine Mitteilung mit neuen Angaben, in der es u. a. heißt:

Da die in Aussicht genommenen neuen steuerlichen Belastungen zum Ausgleich des Defizits nicht ausreichen, sollen die Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung auf die Sätze für die Wohlfahrtsfürsorge gesenkt werden. Die durchschnittliche Senkung beträgt in der Arbeitslosenversicherung 23 v. H., sie geht aber an kleinen Orten und für ledige Unterstützungsempfänger bis fast zu 50 v. H. In der Krankenversicherung ist eine Senkung von 15 v. H. vorgesehen. Dabei soll eine Aufgliederung nach Ortsklassen erfolgen. In der Invalidenversicherung muß zur Deckung des Defizits eine Senkung der Renten durchgeführt werden. Die eigentliche Invalidenrente von 36,80 RM. im Monatsdurchschnitt wird um 6,50 RM. auf 30,30 RM. gesenkt. Die Witwenrente wird von 21,85 RM. im Durchschnitt um 5 RM. auf 16,85 RM. und die Waisenrente von etwa 14,75 RM. um 4 RM. auf 10,75 RM. herabgesetzt werden. Diese Kürzungen bringen ungefähr 200 Mill. RM. ein, darüber hinaus aber wird man eine Verwertungsfähigkeit für das Vermögen der Invalidenversicherung schaffen.

## Reichsausgleichung der Wirtschaftspartei.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftsp.) hielt am Freitag in Leipzig eine Reichsausgleichung ab, an der der gesamte Parteivorstand, die Reichstagsabgg., Landtagsabgg. und Vorsitzenden der Wahlkreise teilnahmen. Nach internen Beratungen wurde am Nachmittage eine öffentliche Sitzung abgehalten. Sie wurde von dem Parteiführer Dreiwitz mit kurzen Begrüßungsworten eröffnet. Die starke Beteiligung beweise, daß die Wirtschaftspartei noch fest geschlossen sei. Die politische Lage behandelte dann der Fraktionsführer der Reichstagsfraktion R o l l a t h. Reichstagsabgg. Dreiwitz sprach über die wirtschaftlichen Ziele der Partei.

Die Erörterungen fanden ihren Niederschlag in folgender Entschließung: Die ungeheure wirtschaftliche Krise, hervorgerufen durch das Versailles Diktat, verstärkt und beschleunigt durch falsche, verderbliche wirtschaftliche Experi-

mente sozialistischen Charakters, zur Katastrophe geführt durch wahnwitzige Nationalisierungsmethoden, durch das laubende Band und durch die zwangsgeheißene Einmischung des Staates in die Wirtschaft, hat Millionen Menschen arbeitslos gemacht, entwürzelt und verelendet. Sie hat weitere Millionen bürgerlicher, bodenkundiger und frei schaffender Menschen ihrer Existenz beraubt, zu Almosenempfängern einer falsch verstandenen staatlichen Sozialpolitik entwürdigt und aus der Arme der Schaffenden ausgestoßen. Bauern und Bürger, Handwerker und Arbeiter, Gewerbe und Kleinindustrie, Geistesarbeiter und Rentner sind dieser Entwicklung zum Opfer gefallen. Ohne Hoffnung auf die Zukunft, ohne Glauben an die Gegenwart, ohne Vertrauen auf die Versprechungen der Partei gehen die Millionen Betroffenen und Entwürzelten, aus Verzweiflung und Verurteilung, von Scholle und Haus Verjagter ihren Verweilungsweg in das Nichts. Deutschland aber braucht diese Millionen wertvollster Existenzen. Ohne sie kann das Vaterland nicht gedeihen, die deutsche Wirtschaft nicht reformiert, der Glaube an die Zukunft nicht wiederhergestellt werden. Bürger und Bauern müssen über die Grenzen der Parteien über Parteibindungen hinweg, den Weg zur Sammlung finden! Ihre geschlossene Front steht allein die Wiederherstellung eines freien und starken einzigen deutschen Nationalwillens! Wir rufen die Schaffenden Kräfte in Stadt und Land auf, sich gegen jeden Sozialismus, gegen jeden Großkapitalismus, für freie Wirtschaft mit freien Menschen zu belangen. Wir rufen zur Sammlung auf — über Parteifranken hinweg — in der neuen Front der wirtschaftlich freien, nationalbewußten, schaffenden und nach Aufstieg strebenden deutschen Menschen!

Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und den Reichspräsidenten fand die Tagung ihren Abschluß.

## Die Landtagswahl in Oldenburg.

Meihrheit der NSDAP. — Auch die Deutschnationalen gewinnen. — Fast alle anderen Parteien verlieren.

Oldenburg, 29. Mai. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Landtagswahl für den Freistaat Oldenburg lautet:

Partei	Stimmen	Stimmen %	Stimmen %
NSDAP	15 629 (12 529)	2 (2)	2 (2)
SPD	50 987 (54 878)	9 (11)	9 (11)
DDP	1 464 (224)	— (—)	— (—)
RPD	15 590 (18 935)	2 (3)	2 (3)
Nationale Bgg.	2 308 (15 012)	— (2)	— (2)
Staatspartei	6 213 (8 513)	1 (1)	1 (1)
Landvolk	5 987 (5 405)	1 (1)	1 (1)
NSDAP	131 525 (97 778)	24 (19)	24 (19)
Zentrum	42 114 (46 192)	7 (9)	7 (9)

In Klammern die Ergebnisse der vorjährigen Landtagswahl vom 17. Mai.

## Die Nationalsozialisten können die Regierung allein bilden!

Berlin, 30. Mai. Die wenigen am Montag früh erscheinenden Zeitungen nehmen nur kurz zu dem Ergebnis der Oldenburger Landtagswahlen Stellung. Die Montagspost stellt fest, daß das Gesamtbild als auffallendste Tatsache die vollständige Zertrümmerung der in der Nationalen Vereinigung zusammengeschlossenen Deutschen Volkspartei und Reichsbauernpartei zeige. Der Montag hebt hervor, daß das Zentrum trotz der größeren Wahlbeteiligung ziemlich erheblich verloren habe. Das sei für das Zentrum in diesem Land von besonderer Bedeutung. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß die Nationalsozialisten in Folge des günstigen Abschneidens bei der Mandatverteilung mit ihren 24 von insgesamt 46 Mandaten die Möglichkeit haben, die Regierung in Oldenburg allein zu bilden.

## Nahruher Wahlverlauf in Oldenburg.

Oldenburg, 29. Mai. Die Oldenburger Landtagswahl wurde am Sonntag um 17 Uhr abgeschlossen. Am Nachmittage setzte ein starker Gewitterregen ein, der fast den ganzen Nachmittage andauerte und die Wahlbeteiligung erheblich beeinträchtigte. Die Wahlbeteiligung wird auf etwa 75 bis 80 v. H. geschätzt. In Zwischenfällen ist es bis auf einen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Cloppenburg, bei dem mehrere Kommunisten verletzt wurden, sonst nirgends gekommen.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. zum Erfolg in Oldenburg.

München, 29. Mai. Zum Oldenburger Wahlergebnis schreibt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP: „Die NSDAP. hat bei der heutigen Oldenburger Landtagswahl die absolute Mehrheit von sämtlichen Mandaten erobert. In der Entscheidungsstunde des Kabinetts Brüning hat das Volk gesprochen und Recht und Anspruch der NSDAP. auf die Staatsführung mit einer überwindlichen Vertrauensentziehung bekräftigt. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte für die wirkliche Stimmung des Volkes und für die hoffnungslose Minderheit, in der sich das Kabinett Brüning in ganz Deutschland befindet, dann ist er heute in Oldenburg für das ganze deutsche Volk erbracht worden. Was denkt Herr Dr. Brüning und sein Kabinett morgen mittag um 12 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten zu erklären?“

Einiges Bürgertum. — Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien in Hessen.

Wie in Darmstadt vom „Ausgang für bürgerliche Sammlung in Hessen“ mitgeteilt wird, haben Landvolkspartei, Deutsche Volkspartei, Christlichsozialer Volksdienst, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volksrechtspartei unter der Bezeichnung „Nationale Einheitsliste“ einen Wahlvorschlag aufgestellt, auf dem Angehörige aller dieser Parteien kandidieren. Die Deutschnationalen Partei lehnt es ab, an dieser Aktion teilzunehmen.

## Die Sicherheitsfrage im Vordergrund der Außenpolitik Herriots.

Paris, 30. Mai. Herriot hat gelegentlich eines Treffens in Lyon eine politische Rede gehalten. Er erklärte u. a., daß das Friedensproblem die größte Aufmerksamkeit beanspruche. Es sei notwendig, die Formel: „Sicherheit — Schiedsgerichtsbarkeit — Abrüstung“ anzuwenden. Man müsse zum Wohl der Menschheit zusammenarbeiten, dabei dabei nicht vergessen, daß sich der menschliche Fortschritt nicht verwirklichen lasse, wenn man den vaterländischen Gebahren preisgebe. Von der Vaterlandsliebe müsse man ausgehen, wenn man an die außenpolitischen Aufgaben herantrete.

## Sofortige Aufhebung des SA.-Verbots gefordert

München, 30. Mai. Zu der Entscheidung des Senatsgerichtshofes über das SA.-Verbot bemerkt der „Bölkische Beobachter“ u. a.: Nunmehr habe die Reichsanwaltschaft die völlige Haltlosigkeit des unerhörten Landesverratsvorwurfs erklärt. Damit sei eine Aktion zusammengebrochen, die die Minister Groener und Severing mit ihrem Namen gedeckt hätten, und die Brüning stillschweigend habe geschehen lassen. Diese Aktion habe aber zugleich 100 000 anständiger deutscher Männer mit dem schwersten Vorwurf belastet. Der Vorwurf sei jetzt vom höchsten deutschen Gericht als vollkommen unbegründet zurückgewiesen worden. „Wir verlangen daher“, so schreibt das Blatt weiter, „daß die verantwortlichen Minister samt dem Reichskanzler, der sie gedeckt hat, sofort aus ihren Ämtern verschwinden. Wir erwarten von Herrn Reichspräsidenten die sofortige Aufhebung des SA.-Verbots als einzig mögliche Genugtuung für die vor der gesamten Welt beschimpften und herabgeleiteten Formationen der NSDAP.“

## Der „Bölkische Beobachter“ zum Wohlausgang in Oldenburg.

München, 30. April. Im „Bölkischen Beobachter“ schreibt Hauptredakteur Rosenbergs zum Wahlergebnis in Oldenburg u. a.: Wieder gehe ein deutscher Staat in nationalsozialistische Hände über. Soeben sei in Anhalt ein nationalsozialistischer Ministerpräsident eingeführt worden. Jetzt werde auch Oldenburg einen Mann erhalten, der alle Voraussetzungen schaffe, die Wesen einer nationalsozialistischen Reichsregierung zum Wohle aller durchzuführen. Wenn noch ein Beweis dafür notwendig gewesen wäre, daß Adolf Hitler heute Deutschlands Schicksal sei, so habe das Land Oldenburg diesen Beweis geliefert. Brünings Regie sei nicht mehr zu halten. Der Herr müsse fort. Je schneller, desto besser für das deutsche Volk. Die Nationalsozialisten hofften, daß der Reichspräsident angesichts dieser neuen Probe mit der Ration und nicht mit dem Zentrumsführer Brüning gehen werde. Nun kämen Mecklenburg und Hessen an die Reihe.

## Die Aussprache zwischen Hindenburg und Brüning.

(Fortsetzung am Montag.)

Berlin, 29. Mai. Der Reichspräsident von Hindenburg traf am Sonntagmorgen um 7 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge auf dem Bahnhof Friedrichstraße wieder in Berlin ein. Er begab sich sofort in das Reichspräsidentenpalais. Um 11 Uhr empfing er den Reichskanzler zu einer Aussprache über die gesamte politische Lage. Die Aussprache fand unter vier Augen statt. Sie wird am Montag um 12 Uhr fortgesetzt werden.